AFRIKA 03.05.2020 | Thomas Mättig

Die Brille des Nordens

In vielen Ländern Afrikas werden LGBTI-Menschen diskriminiert. Druck aus den Industrieländern aber hilft da nicht weiter, er macht es schlimmer.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

In zahlreichen Ländern hat es in den letzten Jahren rechtliche <link kolumne artikel durchbruch-bei-den-lgbt-rechten-1573>Fortschritte für LGBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Inter-)Menschen gegeben – insbesondere in Westeuropa, den USA und Lateinamerika. Homosexualität wurde entkriminalisiert, gleichgeschlechtliche Ehen erlaubt. Auch auf globaler Ebene hat sich etwas getan: Die Weltgesundheitsorganisation, die Homosexualität noch bis in die neunziger Jahre hinein als Krankheit listete, hat anerkannt, dass ein Leben als LGBTI-Mensch zur Normalität gehört. Und eine 2016 verabschiedete Resolution des UN-Menschenrechtsrats ruft dazu auf, Gewalt und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität zu beenden.

Trotzdem gibt es viele Länder, die LGBTI-Rechte nicht anerkennen. Insbesondere in Afrika südlich der Sahara ist der Widerstand groß. Vereinzelt gibt es zwar konstitutionelle Fortschritte im Süden des Kontinents (Botswana, Südafrika, Mosambik u.a.). In etlichen Staaten – etwa Nigeria oder Uganda – wurden aber auch neue Gesetze gegen Homosexualität verabschiedet oder bestehende verschärft. Schon der bloße Einsatz für LGBTI-Rechte, zum Beispiel für den gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, wird teilweise kriminalisiert.

Die Gesellschaft trägt diese Repressionen meist mit. Homophobe Einstellungen halten sich in Afrika hartnäckig und LGBTI-Rechte haben nur wenige Fürsprecher. Selbst urbane Jugendbewegungen, die politische Missstände anprangern (etwa Rap-Musiker), äußern sich in der Öffentlichkeit homophob.

Religiöse Eliten verfügen

Progressive Politikerinnen und Politiker aus dem Norden, die von Fortschritten aus ihren

über eine in Europa kaum noch vorstellbare Macht – sie können Massen mobilisieren, Politiker unter Druck setzen und gesellschaftliche Diskurse bestimmen, häufig mit reaktionärem Impetus.

eigenen Ländern motiviert sind, glauben häufig, man könne LGBTI-Rechte in Afrika vorantreiben und ihnen zu ihrem globalen Durchbruch verhelfen. Doch internationaler Druck vermag meist nichts zu ändern, im Gegenteil. Als die Regierung Großbritanniens Nigeria etwa mit einer Reduzierung der Entwicklungshilfe drohte, um ein Gesetz gegen gleichgeschlechtliche Ehen zu stoppen, verfiel das gesamte politische Establishment in eine „Jetzt erst recht"-Haltung: Der Text wurde in Windeseile verabschiedet. Und die senegalesische Regierungszeitung „Le Soleil" titelte nach einem Besuch des kanadischen Premierministers in Dakar, bei dem das Thema am Rande angesprochen worden war, triumphierend: „Unsere Gesellschaft akzeptiert keine Homosexualität". Es folgten Glückwünsche aus dem religiösen und politischen Establishment an den Präsidenten.

Mit dem üblichen politischen Arsenal – Gesprächen, Druck, Resolutionen – kommen LGBTI-Rechte in Afrika also kaum weiter. Und LGBTI-Menschen in Afrika haben nichts von anschließend verhärteten Positionen. Im Zweifelsfall leiden sie unter den Konsequenzen. Was also tun? Zunächst muss man das Phänomen verstehen. Drei miteinander verbundene Strömungen laden es in Afrika mit gesellschaftlicher Brisanz auf: Zum einen handelt es sich bei afrikanischen oft um konservative und sehr religiöse Gesellschaften, die eine rapide Transformation erleben. Mit der spät, aber umso massiver einsetzenden Urbanisierung löst sich die alte Ordnung der Dorfstruktur auf. Der Eindruck, die Gesellschaft falle auseinander, ist weit verbreitet, zumal sich trotz einzelner hoher BIP-Wachstumsraten an der allgegenwärtigen Armut nichts zu ändern scheint. Traditionen – echt oder eingebildet – gelten da umso stärker.

Zudem setzt kaum jemand auf den Staat: Zu tief sitzt die Enttäuschung über die mageren Ergebnisse der politischen Dekolonisierung, wirtschaftlich verlorene Dekaden und die immer noch spürbaren Effekte vergangener Strukturanpassungsprogramme. Progressive politische Bewegungen sind fast überall marginalisiert oder korrumpiert worden; eine politische Aufbruchsstimmung ist höchstens punktuell zu spüren, wenn etwa Präsidenten daran gehindert werden, sich eine unkonstitutionelle dritte Amtszeit zu genehmigen. Es bleibt für viele der Rückzug ins Spirituelle. Im Ergebnis verfügen religiöse Eliten über eine in

Europa kaum noch vorstellbare Macht – sie können Massen mobilisieren, Politiker unter Druck setzen und gesellschaftliche Diskurse bestimmen. Und sie tun dies häufig mit reaktionärem Impetus, gerne übrigens mit Unterstützung aus dem Ausland, etwa durch amerikanische Evangelikale oder saudisch geförderte Imame.

Ironischerweise wird durch das Ansprechen des Themas mit Verweis auf die universellen Menschenrechte eben nicht das Verbindende, sondern das Trennende zwischen Afrika und Europa deutlich.

Eng damit zusammen hängt zweitens die historisch völlig abwegige Behauptung, Homosexualität und eine Vielfalt von Geschlechtsidentitäten sei unafrikanisch, komme aus dem globalen Norden und werde von dort weiterverbreitet. Präkoloniale Homosexualität und queere Teile afrikanischer Gesellschaften sind gut dokumentiert. Aber derartige Behauptungen sind nun einmal politisch nützlich, erlauben sie afrikanischen Politikern doch, sich als Männer des Volkes zu inszenieren. Je mehr sich dieselben Politiker ökonomisch am Norden orientieren müssen (oder dies zu müssen meinen), dort vielleicht studiert haben und vernetzt sind, desto mehr wollen sie ihre afrikanische Identität betonen. Als Marionette des reichen Nordens möchte niemand gelten, zumal dessen Image sich nicht verbessert hat, seit China als alternativer Geber auf den Plan getreten ist. Diese säkulare Variante des oben geschilderten Trends haben viele Politiker als Instrument entdeckt, um sich beliebt zu machen: „Wir Afrikaner sind eben anders als Ihr Europäer und wir lassen uns Euer Lebensmodell nicht vorschreiben“.

Folglich wird die Frage der LGBTI-Rechte in Afrika in einem grundsätzlich anderen Licht gesehen als in Westeuropa, wo sie sich nach langen Kämpfen zu einer Menschenrechtsfrage entwickelt hat. Während Kirchen und Dorfstrukturen in Deutschland schon vor deren Durchbruch an Bedeutung verloren hatten, würden sie sich in Afrika in einen direkten Einflussverlust christlicher und muslimischer Eliten übersetzen. Der Rekurs auf angebliche Traditionen und die gute alte Zeit als politisches Mittel wäre fortan nicht mehr so einfach möglich. Sie werden so zu einer Frage gesellschaftlicher (Un-)Ordnung und politischer Machtstrukturen, die Eliten die Kontrolle darüber entreißen würden, wie Menschen ihr Leben zu leben haben und wie die Gesellschaft in Abgrenzung zum angeblich dekadenten Norden strukturiert sein muss. So sehen sich vor allem religiöse Autoritäten in

einem Abwehrkampf nicht nur gegen die Modernisierung, sondern eben auch gegen eine angebliche „Gay Lobby“, die finanzstark aus dem Norden operiert und ihre Macht unterlaufen will.

Ironischerweise wird also durch das Ansprechen des Themas mit Verweis auf die universellen Menschenrechte eben nicht das Verbindende, sondern das Trennende zwischen Afrika und Europa deutlich. In weiten Teilen Afrikas suggeriert schon die im Norden geprägte Abkürzung „LGBTI“ nicht positiv konnotierte Vielfalt, sondern Gay Pride-Paraden (mit deren Bildern die oft etwas verklemmten Gesellschaften nicht gut umgehen können), Antireligiösität und Zerstörung von Traditionen (das ist übrigens in einigen, vor allem ländlichen, Teilen Mittel- und Osteuropas ähnlich).

Ein Dialog geht in zwei Richtungen: Dass man sich auch im Norden kritischen Kommentaren stellen muss – etwa zur Situation afrikanischer Migranten in Europa oder zur menschenrechtlichen Bilanz europäischer Rohstoffkonzerne –, gehört dazu.

Wer also darauf setzt, durch Zureden bei Politikern allein den Diskurs zu wenden, vergeudet seine Energie. Deren Karriere wäre wohl rasch beendet, würden sie sich zu stark für diese Rechte einsetzen. Wer sich aber, erstens, in Ländern in denen LGBTI-Rechte fast undenkbar sind, im Diskurs deren Grundvoraussetzungen zuwendet, könnte erfolgreich sein. Kaum ein afrikanischer Politiker wird angesichts der Gewalterfahrungen, die auch dieser Kontinent erlebt hat (wie in Ruanda oder Liberia) das Recht auf körperliche Unversehrtheit in Frage stellen. Gewalt, auch in der Sprache, zu ächten, würde bereits eine Hilfe für LGBTI-Menschen bedeuten, die immer wieder Opfer von Hetze sind. Wer Homosexuellen öffentlich den Tod wünscht, wie es von religiösen Führern in Westafrika dokumentiert ist, ist ein Hassprediger und darf nicht Teil des gesellschaftlichen Establishments sein. Und wer Gewalt gegen Schwule oder Lesben ausübt, gehört ins Gefängnis. Dies umzusetzen liegt in der Verantwortung afrikanischer Politiker und sie sollten sich dazu bekennen.

Zweitens muss man, wenn man menschenrechtlich argumentiert (und das sollte man), einen ehrlichen Diskurs zulassen und die Menschenrechte in ihren holistischen Charakter respektieren. Denn sie sind nicht hierarchisch, sondern miteinander verbunden und müssen in ihrer Totalität verwirklicht werden. Wer LGBTI-Rechte besonders

hervorhebt und beispielsweise die Rechte ökonomisch marginalisierter Menschen, Gefangener, von Kindern oder Frauen links liegen lässt, darf sich zu Recht fragen lassen, woher dieser Fokus kommt und ob er legitim ist. Und andererseits geht solch ein Dialog natürlich in zwei Richtungen: Dass man sich auch im Norden kritischen Kommentaren stellen muss – etwa zur Situation afrikanischer Migranten in Europa oder zur menschenrechtlichen Bilanz europäischer Rohstoffkonzerne –, gehört dazu.

Schließlich werden auch wissenschaftliche Argumente (dass Homosexualität und Vielfalt von Geschlechtsidentitäten eben nicht krankhaft sind) in Afrika nur zum Tragen kommen, wenn Modernisierung positiv konnotiert wird und religiöse Eliten an Einfluss verlieren. Dazu muss der Kontinent eine echte ökonomische Perspektive entwickeln und sich aus der Rolle des Rohstofflieferanten befreien können. Auch hier kann der Norden einiges tun: Er könnte zum Beispiel entschlossen gegen Steuertricksereien und Geldwäsche vorgehen, die dem Kontinent jährlich mehr Geld rauben, als er durch Entwicklungshilfe einnimmt – mit freundlicher Unterstützung von Anwälten, Vermögensberatern und Banken aus dem Norden (wo das Geld oft landet). Dann wären zum Beispiel Investitionen in Schulen möglich, die den Einfluss radikaler Koranschulen verringern würden. Vielleicht würde sich das Problem der LGBTI-Rechte dann fast von selbst lösen.



Thomas Mättig
Berlin

Thomas Mättig leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Senegal.